

«Negative Folgen werden überwiegen»

Peter Kindle, Mitarbeiter des Ressorts Verkehr, zur Problematik der Zurückstufung des Bahnhofes Sargans

Die SBB planen, den Bahnhof Sargans insofern abzuwerten, als dass sehr viel weniger Verbindungen von dort aus möglich wären. Peter Kindle, Mitarbeiter des Ressorts Verkehr der Regierung, ist überzeugt davon, dass eine solche Abwertung negative Folgen hätte.

Mit Peter Kindle sprach
Rebecca Marogg

VOLKSBLATT: Vom Bahnhof Sargans aus soll es in Zukunft weniger Verbindungen nach Zürich, Chur und St. Gallen geben. Zumindest wollen es die SBB so. Wie denken Sie darüber?

Peter Kindle: Die Überlegungen seitens SBB hätten bei einer effektiven Realisierung natürlich auch unmittelbare negative Auswirkungen auf Liechtenstein. Nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Wirtschaft, die Hotellerie und der Finanzdienstleistungsplatz ist auf effiziente Verbindungen des öffentlichen Verkehrs an den Wirtschaftsraum Zürich angewiesen.

«Liechtenstein braucht eine schnelle Anbindung an den internationalen Verkehr»

Liechtenstein als lebendiger Wirtschaftsraum braucht eine schnelle und unkomplizierte Anbindung an den internationalen öffentlichen Verkehr. Durch eine Abwertung des Bahnhofes Sargans als Systemknotenpunkt würden zumindest täglich acht schnelle Intercity-Verbindungen von und nach Zürich gefährdet, aus dem Angebot gestrichen zu werden.

Man beachte aber die weiterreichenden Auswirkungen: Nicht nur Liechtenstein kann zur Zeit die Vorteile ei-

nes starken Bahnhofes Sargans nutzen. Viele Pendlerinnen und Pendler aus dem Zürcher Raum – oder Besucher, die auf dem Flughafen Zürich angekommen sind, um Liechtenstein zu besuchen – nutzen die Anbindungen an den Bahnhof Sargans und reisen mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Liechtenstein.

Könnte eine Reduktion der Verbindungen auch positive Aspekte haben?

Falls die Bedeutung des Bahnhofes Sargans abgewertet werden sollte, würden die negativen Konsequenzen für unser Land zweifelsohne überwiegen. Die Vorteile eines Systemknotenpunktes in Sargans sind nicht von der Hand zu weisen. So werden beispielsweise Intercity-Verbindungen, sei es Richtung Zürich oder Wien, über Sargans abgewickelt.

«Es wäre Potenzial für den Liechtenstein-Takt vorhanden»

Durch eine Verlagerung des Knotenpunktes würde nicht nur Liechtenstein, sondern grosse Teile unserer Gesamtregion diese wichtige Anbindung verlieren.

Falls der Abwertung des Bahnhofes Sargans nichts mehr entgegengesetzt werden kann und das Ansinnen der SBB umgesetzt wird, ergibt sich aber auch ein kleiner, dennoch nicht zu unterschätzender Vorteil für unser Land. Viele internationalen Zugverbindungen nutzen die Bahnlinie, die durch unser Land zwischen Schaanwald und Schaan führt.

Aufgrund dieser Verbindungen kann der FL-Takt nicht in jenem Masse ausgebaut und den Bedürfnissen angepasst werden, wie Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck und das Ressort Verkehr sich das eigentlich für die Zukunft vorstellen. Sollten diese inter-



Peter Kindle, Mitarbeiter des Ressorts Verkehr: «Durch eine Verlagerung des Knotenpunktes würde nicht nur Liechtenstein, sondern grosse Teile unserer Gesamtregion diese wichtige Anbindung verlieren.» (Archivbild)

nationalen Verbindungen, welche unser Land durchqueren, durch die Abwertung des Bahnhofes Sargans abnehmen, so wäre ein massives Poten-

zial vorhanden, die Frequenzen des FL-Taktes effizient zu erhöhen. Durch kluge Begleitmassnahmen könnten – vorausgesetzt ist die angeführte Fre-

quenzhöhung und eine sinnvolle Komplettierung des Fahrplanes – auch vermehrt Grenzgänger dazu bewegt werden, mit dem öffentlichen Verkehr zur Arbeit zu fahren. Dieses angedachte Szenario könnte einen Beitrag dazu leisten, der Bevölkerung im Unterland eine gewisse Verkehrsbelastung in Aussicht zu stellen.

An die SBB soll eine Petition gerichtet werden, den Systemknotenpunkt Sargans zu erhalten. Wie laut der Stand der Dinge?

Die Regionalplanungsgruppe Sarganserland-Walensee organisierte zusammen mit Liechtenstein eine breit angelegte Unterschriftensammlung in Form einer Petition an die SBB. Diese Petition soll Anfang Mai an die SBB übergeben werden. Unterschriftsbögen liegen in allen Gemeindekanzleien auf und können dort auch bezogen werden.

«Schon zahlreiche Unterschriften gesammelt»

Nach meinem Kenntnisstand wurden schon zahlreiche Unterschriften von besorgten Bürgerinnen und Bürger gesammelt. Über den möglichen Erfolg einer Petition im Vorfeld zu mutmassen, wäre allerdings etwas vermessen. Ich bin jedoch der festen Überzeugung, dass die SBB mit der Unterschriftensammlung richtig umgehen und die Anzahl der Unterschriften dementsprechend deuten werden.

Das Ressort ist sich aber bewusst, dass es alleine mit einer Unterschriftensammlung nicht getan ist. So wird auch der Bundesrat über die Anliegen Liechtensteins und die Bedeutung des Bahnhofes Sargans für die Region nochmals informiert, um der Wichtigkeit der internationalen Anbindung unseres Landes Nachdruck zu verleihen.

25 landwirtschaftliche Praktikanten

Ausländer- und Passamt für die Erteilung von Bewilligungen zuständig

Das Ausländer- und Passamt (APA) hat 22 landwirtschaftlichen Praktikanten aus Brasilien, zwei aus Polen und einem aus der Ukraine die Zusicherung für einen befristeten Aufenthalt in Liechtenstein erteilt.

Gemäss den Bestimmungen der Personenverkehrsverordnung (PVO) kann an Personen, die ein berufsspezifisches Praktikum absolvieren, eine Kurzaufenthaltsbewilligung von maximal zwölf Monaten Dauer erteilt werden. Von dieser Möglichkeit machen zahlreiche private Unternehmungen, insbesondere Landwirte, seit Jahren Gebrauch.

In der Absicht, eine sowohl für junge Berufsleute aus Brasilien als auch für die hiesigen Landwirte vorteilhafte Zusammenarbeit zu etablieren, rekrutierte und vermittelte Helmut Frick, Mitarbeiter des Landwirtschaftsamtes, in Zusammenarbeit mit Paulita Bregy aus Zürich seit 1990 auf privater Basis über 200 Praktikanten und Praktikantinnen aus Brasilien.

1997 präziserte die Regierung mit Grundsatzbeschluss die Bestimmungen der damals gültigen Begrenzungsverordnung. Trotzdem gab es jedoch in der Vergangenheit aufgrund des offenen gefassten Regierungsbeschlusses und der Doppelfunktion von Helmut Frick – einerseits Mitarbeiter des Landwirtschaftsamtes zuständig für die Bewilligungsempfehlung zuhanden des Ausländer- und Passamtes, andererseits Vermittler der Personen aus Brasilien – Probleme. Diese betra-

fen Fragen der Organisation, des Verfahrensablaufes, der Bewilligung und des Anspruchs auf Zuteilung von Praktikanten und Praktikantinnen. Auch Arbeitszeit und Entlohnung der Praktikantinnen und Praktikanten führten immer wieder zu Diskussionen.

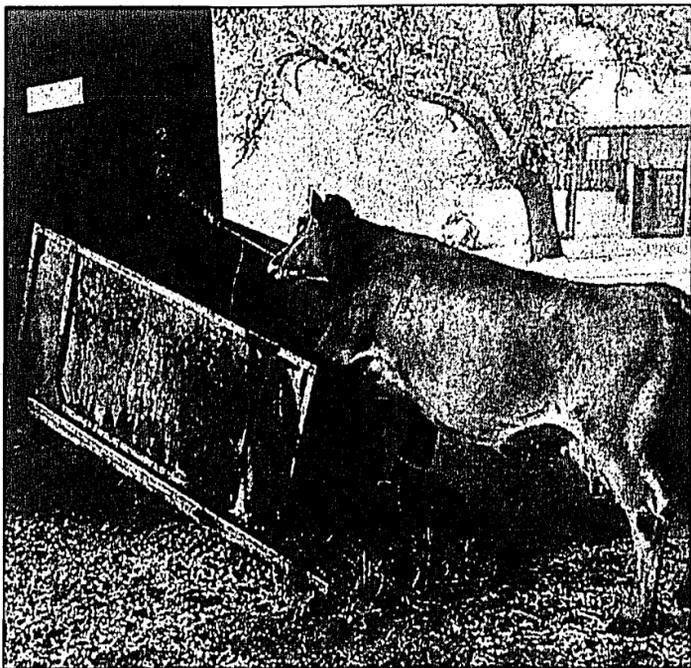
Deshalb hat sich das zuständige Ressort im Herbst letzten Jahres ent-

schlossen, die Angelegenheit zu entflechten und einer Neuregelung zuzuführen. Mit Regierungsbeschluss vom Januar 2002 wurden die Rahmenbedingungen neu definiert: In Zukunft wird das Ausländer- und Passamt für die Erteilung von Kurzaufenthaltsbewilligungen für Praktikanten und Praktikantinnen gemäss den Bestimmungen der Personenverkehrsverord-

nung zuständig sein. Zugleich wurde diese Amtsstelle beauftragt, mit der Vereinigung Bäuerlicher Organisationen (VBO), die nun an die Stelle der bisherigen zwei Privatpersonen tritt, ein Projekt betreffend die geregelte Abwicklung und Kontrolle der landwirtschaftlichen Praktika zu erarbeiten.

Im Mittelpunkt steht dabei die Gewährleistung einer fundierten praktischen und theoretischen Ausbildung. Zudem werden Fragen der Dauer, Organisation, Zuteilung, Entlohnung etc. einer eindeutigen Regelung zugeführt werden. Es ist vorgesehen, dass sich die VBO in Zukunft um die Abwicklung, Organisation, Betreuung, Weiterbildung und Beschwerden von Praktikanten und Praktikantinnen kümmern wird. Sie wird sich dabei an die bestehende Rechtslage bzw. die anwendbaren Gesetze, insbesondere die Personenverkehrsordnung, das Arbeitsrecht und die Mindestlohnrichtlinien der Regierung halten. Das Projekt ist von der Regierung zu genehmigen.

Die landwirtschaftlichen Praktika in Liechtenstein erhalten also durch klare Rahmenbedingungen und eine etwas andere Rollenverteilung der beteiligten Kreise (Landwirtschaftsamt, Ausländer- und Passamt, VBO, Privatpersonen) eine neue, geordnete Basis. Damit sollen zukünftig Probleme und Unklarheiten bei diesem von den Direktbeteiligten sehr geschätzten Projekt der Entwicklungszusammenarbeit vermieden werden. (paf)



Für insgesamt 25 landwirtschaftliche Praktikanten wurde die Zusicherung für einen befristeten Aufenthalt erteilt.

Altersweltkongress in Madrid

VADUZ: Derzeit findet in Madrid der zweite Altersweltkongress der UNO statt. Es wird über die Fortschritte seit dem ersten Kongress in Wien vor 20 Jahren berichtet. Der Handlungsplan aus dem Jahre 1982 zugunsten älterer Menschen wird dabei einer Revision unterworfen. Der Handlungsplan verfolgt in den Bereichen «Entwicklung», «Gesundheit» und «Umwelt» das Ziel, allen Menschen ein Altern in Würde und Sicherheit zu ermöglichen. Ältere Menschen sollen als Bürger und Bürgerinnen mit allen Rechten am Gesellschaftsleben teilhaben können.

Die Empfehlungen im Handlungsplan (International Plan of Action) berücksichtigen die unterschiedlichen Voraussetzungen und Umstände in den verschiedenen Ländern und sind darauf ausgerichtet, an das konkrete Umfeld angepasst zu werden.

Die Delegation Liechtensteins wird von Regierungsrat Hansjörg Frick geleitet. Der Delegation gehört ferner der Amtsleiter des Amtes für Soziale Dienste, Marcus Büchel, an. Erstmals sind an einer derartigen Veranstaltung auch Nichtregierungsorganisationen aus Liechtenstein auf Einladung der Regierung vertreten, nämlich Ingrid Allaart vom Liechtensteiner Seniorenbund und Berty Malin vom Senioren-Kolleg Liechtenstein. (paf)